Stadt Bramsche

Protokoll
über die 10. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt, gemeinsam mit dem Ortsrat Engter,
vom 13.03.2013
kleiner Sitzungssaal, Hasestr. 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion
Herr Karl-Georg Görtemöller — Vertreter für Pahlmann, Heiner
Herr Lars Rehling
Herr Volker Schulze
Herr Horst Sievert — Vertreter für Bergander, Ralf

Mitglieder CDU-Fraktion
Herr Heiner Hundeling
Herr Andreas Quebbemann
Herr Ernst-August Rothert

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen
Herr Dieter Sieksmeyer
Frau Annette Specht

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG
Herr Peter Furmanek
Herr Werner Hagemann
Frau Katrin von Dreele

Verwaltung
Herr LSBD Hartmut Greife
Herr Wolfgang Tangemann

Protokollführer
Herr Frank Gerdes

Abwesend:

Vorsitzender
Herr Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion
Herr Ralf Bergander

Gäste
Herr Wolfgang Kirchner

Beginn: 19:00 Ende: 21:45

Tagesordnung:

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

3 Genehmigung des Protokolls der 09. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 14.02.2013
4 Einwohnerfragestunde

5 Vorstellung des Konzeptes zum Ausbau der "Bramscher Allee" im Ortsteil Engter
6 Vorstellen des Konzeptes zum Neubau einer Schallschutzeinrichtung an der B 218 im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 109 "Hinter Kellens Gärten"
7 Vorstellung des Konzeptes "Ausbau Mühlenstraße / Münsterstraße / Kuhstraße und Kirchhofstraße" im Rahmen der Stadtsanierung 'Südwestliche Altstadt'
8 Beantwortung von Anfragen / Informationen

9 Anfragen und Anregungen

10 Einwohnerfragestunde

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stellvertretend für den Vors. Pahlmann begrüßt RM Rothert die Anwesenden. Insbesondere begrüßt er Frau von Dreele als neue Bürgervertreterin für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von RM Rothert entsprechend der Einladung festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der 09. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 14.02.2013

Das Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt lag noch nicht vor.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Eine Anliegerin der Bramscher Allee nimmt Bezug auf einen Zeitungsartikel zur Bramscher Allee. In diesem sei geäußert worden, die Anlieger wünschten einen Radweg. Die Anliegerin möchte klarstellen, dass diese Behauptung nicht stimmt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Vorstellung des Konzeptes zum Ausbau der "Bramscher Allee" im Ortsteil Engter

LSBD Greife stellt den Konzeptvorschlag der Verwaltung zum Ausbau der Bramscher Allee im Ortsteil Engter anhand von Plänen vor. Er erläutert den Anwesenden die Grundgedanken des Konzeptes. Mit dem Konzept wird das Ziel verfolgt, die Verkehrssicherheit, insbesondere für die Fußgänger zu erhöhen. Nach Möglichkeit soll dafür ein durchgängiger Gehweg, der zum Teil als kombinierter Geh- und Radweg vorgesehen ist, entlang der Bramscher Allee geschaffen werden. Aufgrund der Haupterschließungsfunktion der Bramscher Allee ist es nicht möglich, die Straße als verkehrsberuhigten Bereich auszubauen. Jedoch ist eine Ausweisung als Tempo-30-Zone vorgesehen. Für diesen Abschnitt ist beabsichtigt, die Radfahrer auf der Straße zu führen. Außerhalb des Bebauungszusammenhangs sieht das Konzept einen kombinierten Geh- und Radweg vor.

LSBD Greife zeigt anhand der Pläne, dass in Bereichen, wo Straßen aus den Baugebieten aufmünden, Aufpflasterungen durch Material- und Farbwechsel sowie leichte Erhöhungen die Bramscher Allee gestalterisch gliedern sollen. Ein wesentliches gestalterisches und zugleich bremsendes Element ist zudem ein Kreisel an der Kreuzung Kapshügel/Ritterspornweg. Der Kreisel soll neben seiner verkehrlichen Funktion anhand von Anpflanzungen in der Mitte als Bindeglied für die Grünzüge der angrenzenden Bauflächen dienen.

LSBD Greife stellt das Gesamtkonzept für den Ausbau der Bramscher Allee detailliert vor. Für den Bereich kurz vor der Einfahrt in den Ort, auf Höhe der Kreuzung Gartenweg/Rolkerskamp, weist er darauf hin, dass für die Gehwegrealisierung erst Grund und Boden zugekauft werden muss, um eine ausreichende Breite realisieren zu können. Erste Gespräche dazu haben mit den Eigentümern stattgefunden.

Im Rahmen der Detailerläuterungen weist LSBD Greife darauf hin, dass für die Umsetzung des Konzeptvorschlages auch einige Bäume wegfallen müssen, für die jedoch an passender Stelle ersatzweise neue Bäume gepflanzt werden. Als weitere Überlegung im Rahmen des Konzepts nennt LSBD Greife die Möglichkeit der Parkplatzerweiterung am nördlichen Heidedamm. Ebenso werde überlegt im Rahmen des Ausbaus der Bramscher Allee eine zusätzliche Bushaltestelle zu installieren. Fraglich ist noch, wo diese verortet werden könnte. Direkt an der Bramscher Allee wäre dies nicht sinnvoll, da die Bramscher Allee nicht auf der Schulbusroute liegt.

Nach Erläuterung der Konzeptinhalte geht LSBD Greife auf die Frage ein, wie das Konzept finanziert werden soll. Er informiert hierzu, dass für außerhalb des B-Planes und außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegende Flächen die Kosten durch die Stadt zu tragen seien. Ebenso habe die Stadt die Kosten für den Kreisel und für die Aufpflasterungen zu tragen, da diese Kosten nicht abrechenbar bzw. umlegbar sind. Da an der Fahrbahn selbst nichts gemacht werde, fallen dafür keine Kosten an.

Umzulegende Kosten wären aber die Kosten für Grunderwerb sowie Kosten für erforderliche Mauerumsetzungen und die Kosten für die vorgesehenen Geh- bzw. für den kombinierten Geh- und Radweg. Diese würden auf die erschlossenen Anlieger umgelegt. LSBD Greife schlägt im Rahmen des Konzeptes vor, die Beleuchtung zu erneuern. Diese wäre in den Bereichen, in denen B-Pläne vorhanden sind, ebenso umzulegen.

Da bei Flächen, die nicht mit B-Plänen überzogen sind, Kosten nicht auf die Anleger umgelegt werden können, ist die Folge, dass Anlieger auf B-Plan-Gebiet stärker belastet werden. LSBD Greife macht diesbezüglich den Vorschlag, dass die vorhandenen Restflächen mit B-Plänen überzogen werden, so dass alle Anlieger an den anrechenbaren Kosten beteiligt werden könnten. LSBD Greife stellt hierzu einen ersten Entwurf vor, bei dem ca. 150 weitere Bauplätze realisiert werden könnten.

Stellv. Vors. Rothert bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.
RM Görtemöller unterstützt die Überlegungen zur Parkplatzausweitung am Heidedamm. Bedenken hat er bei der Wegführung des kombinierten Geh- und Radweges im Bereich der Einmündung zur B 218. Hier sieht er als mögliche Gefahr, dass querende Fußgänger und Radfahrer ggf. nicht rechtzeitig gesehen werden, da der querende Verkehr nah zur B 218 verlaufe. LSBD Greife teilt die Bedenken nicht, da die bisherige Situation ähnlich sei und ihm aus der Praxis keine besonderen Probleme bekannt seien.

RM Hundeling erkundigt sich, inwieweit der kombinierte Geh- und Radweg ab der Brücke Engter Bach ggf. auch auf der Südseite vorgesehen werden könne, da bei dieser Option eine Querung nur über den Heideweg erforderlich wäre und man eine Kreuzung des Parkplatzes ebenfalls vermeiden könnte. LSBD Greife bietet an, dieses zu prüfen. Zu tätigen wäre dann in jedem Fall Grunderwerb. Bislang habe man als schlüssiges Konzept angesehen, den Radverkehr durchgängig auf einer Seite zu führen.

RM Quebbemann erkundigt sich nach der beabsichtigten Kreiselgestaltung und fragt, ob der OR hierüber entscheiden könne. LSBD Greife erwidert, dass die Kreiselgestaltung zunächst der Verwaltung im Rahmen der Konzeptionierung obliegt, sofern nicht anders politisch darüber entschieden wird.

OBM Wahlers erkundigt sich nach den voraussichtlichen Kosten. LSBD Greife kann diese zum jetzigen Planzeitpunkt nicht beziffern. Vorab einer Berechnung soll die Richtung für das Konzept stehen.

Bürgervertreter Herr Hagemann fragt nach, ob von den vorgesehenen Baumfällungen auch die 200-jährige Eiche am Hof Schomborg betroffen sei. LSBD Greife versichert, dies sei nicht der Fall.

ORM Tepe möchte wissen, ob bei der Konzeption des Kreisels auch die Befahrbarkeit durch die Feuerwehr gewährleistet ist. Dieses versichern LSBD Greife und Herr Tangemann.

Stellv. Vors. RM Rothert gibt Gelegenheit für Einwohnerfragen.

Anwohnerin Frau Krämer erkundigt sich nach dem Verfahren bei der Kostenumlegung des kombinierten Geh- und Radweges. LSBD Greife erläutert, dass nur ein kleines Teilstück des Weges am Bebauungsplan entlang führt, so dass nur dieser Teil umgelegt würde.
Als zweites möchte Frau Krämer wissen, wer an der Bramscher Allee die Räumkosten für die Laub- und Schneebeseitigung im Herbst und Winter übernimmt. LSBD Greife antwortet, dass dies die städtische Satzung regele. Demnach müssten für die Bürgersteige dies die Anlieger übernehmen. Dort, wo die Stadt Bramsche Grundstückseigentümer ist, ist die Räumung städtisch vorzunehmen. Ansonsten haben die Anwohner für ihre Bereiche Sorge zu tragen.

Ein weiterer Bürger stellt die Notwendigkeit des geplanten Fuß- und Radweges in Frage. Nur wenige Kinder fahren in diesem Bereich und diese bräuchten nicht entlang der Bramscher Allee fahren. Daher solle man zunächst dafür sorgen, dass mehr Verkehrsteilnehmer die Umgehungsstraße nutzen. Er befürchtet, dass beim Ausbau der Bramscher Allee die alten Anlieger am stärksten belastet werden. Angeblich würden - so hätten es neue Anlieger dargestellt - neue Anlieger zum Teil nicht abgerechnet. LSBD Greife sind Sonderregelungen nicht bekannt. Die Kosten für den Ausbau der Bramscher Allee sind von allen relevanten Anliegern zu tragen. Bei städtischen Grundstücken streckt die Stadt zwar Erschließungskosten vor, diese werden später aber bei erfolgten Grundstücksverkäufen auf den Grundstückspreis veranlagt.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob das Schild „Nebenstrecke“ an der Bramscher Allee zukünftig entfernt wird. Die Anregung wird aufgenommen.

Weiter wird vorgeschlagen, dass die Straßenbreite möglichst gering gehalten wird, damit zukünftig auf der Bramscher Allee langsamer gefahren wird. LSBD Greife erwidert, dass es sich bei der Bramscher Allee um eine Haupterschließungsstraße handele. Das Konzept sehe aber vor, dass durch das zukünftige Straßenbegleitgrün, durch die Beleuchtungsanlagen und den Gehweg das Straßenprofil zukünftig optisch schmaler erscheinen wird.

Herr Gildehaus möchte noch anmerken, dass ggf. die Mauern für eine schmalere Gestaltung genutzt werden könnten. Er fragt hinsichtlich der Mauern, ob nicht bereits vor zwei Jahren, als die Mauern restauriert wurden, absehbar war, das diese noch einmal umgesetzt werden müssen. Er fragt, ob es ggf. möglich wäre, die Mauern wie heute stehen zu lassen und den Geh- und Radweg hinter die Mauern zu setzen. Mit dem möglichen Ergebnis, dass durch die Mauern die gewünschte Einengung erzielt werden könne.

LSBD Greife entgegnet, dass dies bereits mit dem Planungsbüro einmal diskutiert wurde. Das Planungsbüro habe dies jedoch nicht empfohlen. Ziel sei auch, mit der Mauer die Grundstücke von Eigentümern, die diesen Wunsch geäußert haben, abzugrenzen. Für die Verlegung der Mauer gibt es ansonsten bereits Kostenminimierungsüberlegungen.

Herr Tangemann nimmt Bezug auf die Restaurierung der Mauer vor 2 Jahren Bezug und erklärt, dass damals nur die Optionen Abriss oder Restaurierung zur Debatte standen.

TOP 6 Vorstellen des Konzeptes zum Neubau einer Schallschutzeinrichtung an der B 218 im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 109 "Hinter Kellens Gärten"

LSBD Greife erläutert, dass im Bereich B-Plan 109 „Hinter Kellens Gärten“ ein aktiver Schallschutz erforderlich ist, da hier das Bebauungsgebiet direkt an die Bundesstraße angrenzt. Die Erforderlichkeit des angrenzenden Schallschutzes wurde bereits bei der Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 108 „Kapshügel“ und Nr. 109 „Hinter Kellens Gärten“ per Gutachten überprüft. Zum Teil besteht für den Bereich auch schon aktiver Schallschutz. Ergänzend zum bestehenden Schallschutz wird auf einer Länge von ca. 195 m eine Schallschutzeinrichtung mit einer Höhe von 2 m erforderlich. Das Konzept sieht die Lärmschutzwand direkt an der B 218 verlaufend vor. Als Materialien stehen Aluminium oder Lärchenholz zur Auswahl.

LSBD Greife stellt die Möglichkeiten anschaulich dar und empfiehlt aus ästhetisch gestalterischen Gründen als Material Lärchenholz. Gestaltungsoptionen bestehen darin, die Lärm-

schutzwand zur Straße hin zu begrünen oder zum Baugebiet hin, Richtung Süden, Photovoltaikanlagen zu installieren. Für den Fall der Installation von Photovoltaikanlagen gibt LSBD Greife zu bedenken, dass schattenwerfendes Grün dort nicht stehen kann. Die kalkulierten Kosten für den Neubau der Schallschutzwand belaufen sich auf ca. 300.000 Euro.
LSBD Greife erläutert, dass die Materialwahl unabhängig von der Dauerhaftigkeit der Materialien entschieden werden kann. Diesbezüglich erläutert er, dass die Stadt Bramsche nach Zahlung einer Ablösesumme an den Bund nicht mehr für die Unterhaltung aufzukommen hat, sondern die Lärmschutzeinrichtung in das Eigentum des Bundes übergeht.

RM Sieksmeyer möchte gewährleistet wissen, dass eine Absorbierung des Lärms gewährleistet ist und nicht Konstruktionen zum Einsatz kommen, die den Lärm reflektieren.
LSBD Greife versichert, dass das eine Absorbierung erfolgt und somit die Gefahr der Reflektion nicht besteht.

OBM Wahlers erkundigt sich im Interesse der Anlieger, ob noch in dem Bereich der Lärmschutzwand ein Baumbestandrückschnitt erforderlich ist. LSBD Greife ist hierzu nichts bekannt. Ein Auftrag dazu existiere nicht.

OBM Wahlers bemerkt, dass über die Themen für Engter auch noch einmal im OR gesprochen wird. Ein Termin hierzu werde noch einmal über die Presse bekannt gegeben.

TOP 7 Vorstellung des Konzeptes "Ausbau Mühlenstraße / Münsterstraße / Kuhstraße und Kirchhofstraße" im Rahmen der Stadtsanierung 'Südwestliche Altstadt'

Herr Tangemann stellt anhand von Ansichtsplänen das im Rahmen der Stadtsanierung vorgesehene Ausbaukonzept für die Mühlen-, Münster-, Kuh- und Kirchhofstraße detailliert vor. Er informiert, dass über Detailfragen auch noch in den politischen Gremien beraten werde, man aber gerne über den jetzigen Stand informieren und Anregungen für die weitere Planung sammeln möchte.

Für die Münsterstraße erläutert Herr Tangemann, dass diese in 1B-Lage sowohl der Erschließung des rückwärtigen Bereiches der Großen Straße, sowie für die Erschließung der Wohn- und Geschäftshäuser der Münsterstraße dient. Beim geplanten Ausbau der Münsterstraße soll Penter Klinker für die Gehwege verlegt werden. Für den eigentlichen Straßenbereich ist eine Asphaltdecke geplant - dies im Wesentlichen aus Kostengründen. Für die Aufwertung der Münsterstraße spielt das Thema Grüngestaltung eine wichtige Rolle. In der Fahrbahnmitte ist zwischen den jeweils 2,40 m breiten Fahrbahnen ein Grünstreifen mit Bodenbepflanzung und Säulenlinden vorgesehen. Die Trennung der Fahrbahnen bewirkt, dass es zu keinem unmittelbaren Begegnungsverkehr kommt. Auch werde eine Begrünung so möglich, ohne zu verschatten. Da die Münsterstraße ab der Kirchhofstraße bis zur Einmündung Mühlenstraße durch einen engeren Verlauf gekennzeichnet ist, kann man hier nur eine engere Straßenbreite von insgesamt 4,80 Meter realisieren. Bei dieser Straßenbreite habe man sich für einen Kompromiss entschieden, der dem motorisierten Verkehr wie auch dem Fußgängerverkehr Rechnung trägt. Fahrbahn und Fußweg sollen hier nahezu niveaugleich ausgebaut werden, so dass im Falle von Begegnungsverkehr zweier LKW über Inanspruchnahme ein sog. Rundbordes langsam aneinander vorbeigefahren werden könne. Für den Ausbau der Münsterstraße wurden auch Gespräche mit den Versorgungsträgern geführt. Ergebnis der Gespräche war, dass der vorhandene Kanal noch bestehen bleiben kann, da

dieser in seinem Zustand noch gut erhalten ist. Erforderlich wird aber sein, alle Hausanschlüsse zu erneuern.

Die Kirchhofstraße soll ihr Natursteinpflaster behalten, da es sich um einen wichtigen und in seinem Charakter unbedingt erhaltenswerten Verbindungsweg in der Innenstadt handelt, der hauptsächlich von Fußgängern und Radfahrern benutzt werde.
Herr Tangemann erläutert, dass auch die Denkmalschutzbehörde großen Wert darauf lege, dass der Charakter der Straße erhalten bleibt. Beim Ausbau der Kirchhofstraße werde ein neuer Unterbau erforderlich und die Natursteinpflasterung werde mit vorhandenen Natursteinen wieder erstellt und zum Teil ergänzt werden. Beidseitig wird es ein Bord geben und südlich soll der Gehweg mit neuem Klinkerpflaster neu entstehen, da das vorhandene Material nicht ausreiche. Mit Unterbrechungen der Bauarbeiten im Bereich der Kirchhofstraße sei aufgrund zu erwartender Bodenfunde zu rechnen.

Herr Tangemann erläutert zum Ende seiner Ausführungen die Planung für den Bereich Mühlenstraße und informiert hier insbesondere über eine vorgesehene Platzgestaltung an der Ecke Mühlenstraße/Eschstraße. Hier sei denkbar, den Platz multifunktional, beispielsweise zeitweise als Parkplatz, oder bei Veranstaltungen als Eventfläche zu nutzen. Das Konzept solle noch weiter diskutiert werden. Herr Tangemann erwägt, dass dabei die den Platz säumenden Baudenkmäler berücksichtigt, gewürdigt, und ggf. in Szene gesetzt werden.

RM Hundeling möchte sich mit Bezug auf die Sanierung der Kirchhofstraße erkundigen, ob eine Niveauangleichung bei dem geplanten Gehweg in Klinker und der Natursteinpflaster-Straße möglich sei. Herr Tangemann erläutert, dass ein Niveauunterschied bleiben wird. In jedem Fall gelte es, den Charakter der Straße zu erhalten – entsprechend habe sich auch die Denkmalschutzbehörde geäußert. Gleichwohl läge man darauf Wert, wo es möglich ist ausreichend große Gehwege bereitzustellen. Einige Engstellen werde es geben. Diese stuft Herr Tangemann als vertretbar ein.

RM Specht regt an, den Charakter der Straße ggf. durch eine optische Trennung von Straße – Bord -Gehweg zu erhalten und dabei eine Niveauangleichung zu realisieren.
Herr Tangemann erläutert, dass das Behindertenforum bezüglich einer Niveauangleichung Bedenken geäußert habe, da Sehbehinderten eine Kante zur Orientierung helfe.

Bürgervertreter Herr Hagemann befürchtet, dass bei Verwendung eines Natursteinpflasters Radfahrer den Gehweg nutzen.
Herr Tangemann sieht keine Alternative zur Bewahrung des Straßencharakters.

RM Quebbemann möchte bezüglich der beabsichtigten Straßenbegrünungen die Pflege- und Folgekosten klären.
LSBD Greife erwidert, dass die Verwaltung gerne die Kosten für eine nächste Konzeptvorstellung überschlagen kann. Prinzipiell ist er der Meinung, dass die Stadt Bramsche gut beraten sei, in bestimmten Bereichen in Grünanlagen zu investieren.

Den Ausschuss beschäftigen des Weiteren vor allem Fragen hinsichtlich der erforderlichen Straßenbreite, z.B. für Zuliefererverkehr oder Feuerwehrverkehr. Für bestimmte Bereiche habe man noch Bedenken. Die Bedenken sollen von der Verwaltung überprüft werden, auch in enger Abstimmung mit der Feuerwehr.

RM Quebbemann bittet nach Möglichkeit auch um eine für die weiter anstehenden Beratungen um eine anschauliche Darstellung der Straßenraumplanung.

Den weiteren Zeitablauf skizziert Herr Tangemann wie folgt:

- Am 29.04.2013 soll im OR eine überarbeitete Variante mit Berücksichtigung der im Ausschuss getätigten Anmerkungen beraten werden.

- Ebenso soll noch einmal im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt über das Konzept berichtet werden.

- Eine Anliegerversammlung ist in Planung und man möchte in der nächsten Zeit den Bauzeitenplan abstimmen.

TOP 8 Beantwortung von Anfragen / Informationen

LSBD Greife und Herr Tangemann informieren darüber, dass der Verwaltung für die Ausgleichsmaßnahmen zu den bekannten Erweiterungsplanungen des Steinbruchs der Fa. Hollweg und Kümpers eine Aufforderung zur Stellungnahme vom Landkreis vorliegt. Die Ausgleichsmaßnahmen sehen inzwischen anders als im ursprünglichen Ausgleichskonzept nicht mehr eine schlichte Aufforstung von 2,85 ha Fläche vor, sondern beinhalten differenzierte, qualitativ hochwertigere Ausgleichsmaßnahmen, zu welchen sich die Firma Hollweg und Kümpers auf Wunsch und Bitte der Politik, der Anlieger und der Verwaltung, ohne eine Gegenleistung einzufordern, bereit erklärt hat. Diese Bereitschaft zum Ausgleich der Eingriffe, auch adäquat zu heutigen Ansprüchen des Natur- und Landschaftsschutzes, lobte Herr Tangemann als vorbildlich, zumal daher sogar die langfristige Sicherung der Maßnahmen durch die Firma Hollweg u. Kümpers gewährleistet werde. Der neue Ausgleich sieht eine offene Wasserfläche, die Entwicklung von Bereichen durch natürliche Sukzession, die Anlage von Blänken und der Erhalt von Steilwänden zur Schaffung und Bewahrung eines reichhaltigen Artenspektrums vor. Bestandteil der Neugestaltung ist auch eine Aussichtsplattform, von der aus die Rekultivierungsfläche erlebt werden kann.

Aufgrund der deutlichen Verbesserungen des Ausgleichskonzeptes für Natur und Landschaft schlägt LSBD Greife vor, den Maßnahmen als Stadt zuzustimmen. Die Fläche werde durch das Konzept erlebbar sein, aber die Wege so konstruiert, dass die schützenswerten Flächen nicht begehbar sein werden zum Schutz der Besucher selbst, aber auch von Natur und Landschaft.

TOP 9 Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

TOP 10 Einwohnerfragestunde

Frau Holtgrave bittet mit Nachdruck und im Namen des Küsters der St. Martin-Kirche darum, beim Ausbaukonzept für die Mühlen-, Münster-, Kuh- und Kirchhofstraße weitere Stellplätze

für die Anlieger bereit zu stellen. Es gebe einen Stellplatzmangel im gesamten Bereich Kirchhofstraße und bei dem alten Baubestand gebe es keine ausreichenden Möglichkeiten für privaten Stellplatzbau auf den Grundstücken.

Herr Tangemann erwidert, dass in der Innenstadt ausreichend Stellplätze vorhanden sind und eine Erreichbarkeit von allen Innenstadtzielen innerhalb von 5 Minuten von den öffentlichen Stellplätzen aus gegeben sei. Den Charakter der Kirchhofstraße vor diesem Hintergrund negativ zu verändern, verbiete sich daher.

Höltermann Bürgermeisterin	Heiner Pahlmann Vorsitzende	Frank Gerdes Protokollführer